

schrrieben US-amerikanische Autoren im Fachmagazin „GPS world“, dass Galileo keine Konkurrenz für GPS sei, sondern vielmehr eine Ergänzung – und zwar gerade für militärische Anwendungen. Sie sehen Galileo als Garanten für die bessere Verfügbarkeit und größere Genauigkeit von Daten.

Diese Fähigkeiten kommen insbesondere den Einsatzkräften der NATO zugute. Dabei schließen die „GPS-World“-Autoren die Verwendung von Galileo für Waffen oder Luftbombardements ausdrücklich nicht aus. Vor allem aber verbessere Galileo die Zielgenauigkeit von militärischen Einsätzen in Städten. Während GPS hier nur eine Genauigkeit von 55 Prozent erreicht – und damit einen großen Unsicherheitsfaktor im Kriegsfall darstellt –, würde der Einsatz von Galileo die Präzisionsgenauigkeit auf 95 Prozent erhöhen. Damit wäre das System insbesondere im Häuserkampf, wie beispielsweise in Mogadischu 1993 oder in Bagdad 2006, von Nutzen. Die Autoren ziehen das Fazit: „Das militärische Potential von Galileo ist gigantisch.“ Sie widersprechen zugleich der These, mit Galileo erhöhe sich die militärische Unabhängigkeit von den Vereinigten Staaten.¹⁰

Und in der Tat spricht alles dafür, dass hier der eigentliche Grund für die Entwicklung von Galileo zu suchen ist, denn gerade in dieser militärischen Anwendung liegt ein entscheidender Vorteil gegenüber GPS.

Gerne wird für Galileo mit den zivilen Anwendungen geworben: besserer Handy-Empfang, genauere Ortung in Notfällen, individuell maßgeschneiderte Serviceangebote. Wie bei jeder *Dual-use*-Technik lassen sich diese Anwendungen jedoch ebenso für den Einsatz im Sicherheits- und Militärbereich nutzen. Bei einem System wie GPS, das ja ausdrücklich von Anfang an als militärisches Projekt entwickelt und finanziert wurde, mag diese militärische Anwendung – bei aller Kritik – immerhin politisch legitimiert sein. Dass die politisch für Galileo Verantwortlichen jedoch die Fördergelder mit der Begründung durchsetzten, hier handele es sich um ein rein ziviles Programm, und dessen in Abrede gestellte militärische Dimension erst nachträglich einräumen, ist ein Skandal – und ein eklatanter Verstoß gegen die Grundlagen der Demokratie.

¹⁰ James Hasik und Michael Rip, An Evaluation of the Military Benefits of the Galileo System, in: „GPS World“, 1.4.2003.

Lars Klein

Von Vietnam bis Irak: Die Krise des US-Journalismus

Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 wies US-Präsident George W. Bush den Geheimdienst NSA an, verdächtige Auslandsgespräche und E-Mails aufzuzeichnen. Als Reporter der „New York Times“ Ende 2004 von den illegalen Abhörmethoden erfuhren, bat

Bush Herausgeber und Chefredakteur der Zeitung zu einem persönlichen Gespräch, woraufhin die beiden Journalisten die Publikation des entsprechenden Artikels um ein ganzes Jahr zurückstellten – ein offensichtlicher Missbrauch ihrer „Pressefreiheit“.

Dabei war es gerade die „New York Times“, die 1971 gegen den erbitterten Widerstand der Nixon-Regierung vor dem Supreme Court die Publikation der sogenannten Pentagon Papers, einer geheimen Vietnamkriegsstudie, erstritt – was bis heute als Meilenstein der Pressefreiheit gilt. Wie in der späteren Watergate-Affäre hatten sich damals die verantwortlichen Redakteure und Journalisten gegen Vertreter der Regierung durchgesetzt und zur Verteidigung ihrer Interessen schlicht Anwälte zu Hilfe genommen. Warum aber geschah dies gegenüber der Bush-Regierung nicht?

Offenbar hat sich das Verhältnis von Medien und Politik seit den 70er Jahren gravierend verändert. Insbesondere die zahlreichen Medienskandale der letzten Jahre haben deutlich gemacht, dass die Systeme weit stärker miteinander verstrickt sind als bisher angenommen.

Ein wesentlicher Grund für die fehlende Durchsetzungsfähigkeit der Journalisten liegt in der tiefen Verunsicherung nach dem Irakkrieg. Nicht nur die Kriegsberichterstattung selbst, sondern auch die folgenden Skandale um die Star-Journalisten Judith Miller und Bob Woodward brachten ein Modell von investigativem Journalismus zum Einsturz, an dem sich Journalisten seit Anfang der 70er Jahre orientiert haben.

Bis heute bildet der Vietnamkrieg den Hintergrund, vor dem sich sowohl die amerikanische Kriegführung als auch die Kriegsberichterstattung abspielt. Jede Journalisten-Generation orientiert sich aufs Neue an den Vietnamkriegs-Reportern und versucht, so erfolgreich und kritisch zu arbeiten wie sie. Dabei war die Rolle der Journalisten im Vietnamkrieg keineswegs unumstritten. Als der Krieg zu Ende ging, setzte sich die Vorstellung durch, die Medien hätten ihn verloren. Die Medien wurden zum Sündenbock gemacht, obwohl selbstverständlich Militärs auf dem Schlachtfeld und Politiker am Verhandlungstisch den Krieg nicht hatten gewinnen können.

Tatsächlich lag der entscheidende Umschwung der öffentlichen Meinung in den USA keineswegs zuerst daran, dass Journalisten schonungslos berichtet hatten. Weit wichtiger war die schlichte Tatsache, dass immer mehr tote US-Soldaten nach Hause gebracht wurden. Das heizte die Studentenproteste an und stärkte eine Antikriegsbewegung, die folgerichtig in dem Moment wieder abflaute, in dem der Abzug der Truppen begann. Die Medien waren also lediglich Verstärker, nicht aber Urheber der Proteste.

Mehr noch: Die Journalisten passten sich dem Umschwung in Washington und in den USA insgesamt an. Schaut man sich ihre Berichte und Selbstzeugnisse genauer an, stellt man fest, dass Journalisten wie David Halberstam und Peter Arnett, die bereits Anfang der 60er Jahre aus Vietnam berichteten, eine Verantwortung für den verlorenen Krieg von Anfang an ablehnten. Diese Verantwortung haben erst ihre Nachfolger angenommen und positiv besetzt: Was ihnen aus konservativen Kreisen als Schuld aufgebürdet wurde, begriffen sie als Beweis für die Macht und den Einfluss der Medien – insbesondere auf die Außenpolitik der USA.

Ganz in diesem Sinne wird der Rückbezug auf den Vietnamkrieg seither immer wieder hergestellt: Die Orientierung der Journalisten am Vietnam-Modell bedeutet deshalb stets auch die Behauptung der eigenen journalistischen Geschichtsmächtigkeit – im Dienste von Wahrheit und Aufklärung.

Menetekel Irak

Dieser Glaube an die aufklärerische Geschichtsmächtigkeit der Medien ist spätestens durch den Irakkrieg fundamental erschüttert worden. Trotz des gewaltigen logistischen und finanziellen Aufwands (große Sender ließen sich den Irakkrieg anfangs eine Mio. US-Dollar pro Tag kosten) war die Berichterstattung von Unabhängigkeit weit

entfernt. Nicht zuletzt im Zuge des „embedded journalism“ ließen sich viele Journalisten, gerade auch der etablierten Medien, durch falsche Informationen beeinflussen und in die Irre führen und vermittelten aus diesem Grund kein umfassendes Bild des Krieges.

Mit gravierenden Folgen: Laut einer Umfrage von „Pew Research“ vertrauen 21 Prozent der US-Amerikaner zwischen 18 und 29 Jahren derzeit eher jener „Daily Show“, die mit dem Slogan „The fake news you can trust“ um Zuschauer wirbt, als den traditionellen Nachrichten von ABC, CBS und NBC. Die Gründe für diesen Vertrauenseinbruch liegen auf der Hand: Schon bald nach Beginn des Irakkriegs im Jahr 2003 mussten die Medien eingestehen, dass entgegen den Behauptungen der US-Regierung der Irak keine Massenvernichtungswaffen besessen hatte. Dabei hatten viele Journalisten vor Beginn des Krieges die von der Regierung betriebene Übertragung der Beweislast auf den Irak unterstützt und auf diese Weise dabei geholfen, die Zustimmung der Bevölkerung zum Krieg zu sichern – ungeachtet der massiven Kritik, die es schon damals an der Argumentation der Bush-Regierung gegeben hatte.

Die betreffenden Zeitungen und einzelne Journalisten wie Judith Miller von der „New York Times“ versuchten sich später damit zu rechtfertigen, dass es nicht ihre Aufgabe sei, Regierungsinformationen zu prüfen und eigenständige Analysen vorzunehmen. Vielmehr käme es darauf an, den Lesern zu berichten, was die Regierung über das Waffenarsenal des Irak denke. Eindeutiger als dieser journalistische Offenbarungseid hätte das Eingeständnis fehlender Unabhängigkeit kaum sein können.

Faktisch ging die Unterstützung der US-Regierung jedoch weit über die unkritische Wiedergabe von Regierungsverlautbarungen hinaus. Relevante Medien halfen innenpolitisch dabei, eine Mehrheit in der Bevölkerung für den Krieg zu sichern. Besonders deutlich

wurde dies bei der Aufarbeitung der Affäre um die Enttarnung der CIA-Agentin Valerie Plame.

Die Bush-Regierung hatte vielfach behauptet, der Irak habe versucht, sich in Niger Uran zu beschaffen. Dies bestritt Plames Ehemann, der frühere Diplomat Joseph Wilson, in einem Zeitungsartikel. Als der Journalist Robert Novak kurz darauf enthüllte, dass Plame als Agentin tätig sei, wurde dies vielfach als Racheaktion des Weißen Hauses verstanden. In der Aufarbeitung der Affäre durch einen Sonderermittler wurde schnell bekannt, dass Novak keineswegs der Einzige war, dem Informationen zu Wilsons Ehefrau angeboten wurden. Auch Judith Miller wusste davon.

Weil sie sich weigerte, ihre Quelle zu nennen, verbrachte sie schließlich 85 Tage in Beugehaft, bevor sie einer Aussage vor der „Grand Jury“ zustimmte. Miller gestand ein, den Stabschef von Vizepräsident Dick Cheney, Lewis „Scooter“ Libby, als Quelle genutzt und getarnt zu haben.¹ Ihr Verweis darauf, dass ein solcher Umgang mit Informanten üblich sei, fand deutlichen Widerspruch seitens der Kollegen, auch in der eigenen Zeitung. Die Berichterstatlerin war also Teil des Skandals. Durch ihre Weigerung auszusagen, schützte sie zwar ihre Quelle – aber sie half damit auch dabei, ein mögliches Verbrechen, welches die Enttarnung eines Geheimdienstlers nämlich bedeutet, zu verschleiern.

Und damit nicht genug: Im Oktober 2005 wurde bekannt, dass der vielleicht bekannteste amerikanische Journalist, die Watergate-Legende Bob Woodward, schon zwei Jahre lang von der Identität Plames gewusst hatte.² Warum aber hatte er sein Wissen nicht früher öffentlich gemacht? Wahrschein-

1 Vgl. Byron Calame, The Miller Mess: Lingering Issues Among the Answers, in: „New York Times“, 23.10.2005.

2 Toni Locy, Woodward Defends Role in CIA Leak Probe, www.washingtonpost.com/wpdyn/content/article/2005/11/16/AR2005111601893.html.

lich, so die allgemeine Mutmaßung, weil er sich nicht gegen die Regierung Bush stellen und sich so den Zugang zu seinen wichtigsten Quellen verbauen wollte. Hätte er frühzeitig erklärt, dass Vertreter der Regierung versucht hätten, mit seiner Hilfe eine Agentin zu enthüllen, wären die Ermittlungen mit Sicherheit anders verlaufen. Damit hätte auch die kritische Haltung gegenüber der Bush-Regierung starken Aufwind erhalten.

Die Demontage des Vietnam-Mythos

All diese Skandale im Zuge des Irakkriegs bestätigen nur das, was amerikanische Medienwissenschaftler bereits seit 20 Jahren diagnostizieren. Demzufolge tendieren US-Journalisten allgemein sehr stark dazu, in ihrer Berichterstattung den Standpunkten und Debatten der politischen Elite zu folgen. W. Lance Bennett spricht gar von „indexing“, wonach Politiker vorgeben, was Medien anschließend verwerten.³ Nur ganz selten kommt es zu wirklich kontroversen Auseinandersetzungen, wenn abweichende Meinungen in die Debatte eingebracht werden.⁴

Politiker und Journalisten stehen damit in einer viel zu großen Nähe und Abhängigkeitsbeziehung. Solange nämlich der bloße Eindruck vorherrscht, Journalisten übten entscheidenden Einfluss aus, während sie in Wirklichkeit nur zur Ermöglichung einer geplanten Maßnahme beitragen, ist beiden geholfen. Politiker setzen ihre Vorstellungen durch, und Journalisten stehen als *watchdog* der Regierung da. Eine fatale *Win-win*-Situation mit verheerenden Folgen für die demokratische Öffentlichkeit.

Dennoch gibt es immerhin Anzeichen einer Selbstheilung innerhalb der Medien. Anders als bei früheren Gele-

genheiten, beispielsweise nach dem Zweiten Golfkrieg von 1990/91, ist die jetzige Debatte tiefgreifend und einschneidend. Heute rücken solche Fragen in den Mittelpunkt, die das Selbstverständnis von Journalisten betreffen.

Bisher funktionierte die „Krisenbewältigung“ dagegen stets nach demselben Muster: Je mehr die klassische Rollenzuschreibung des kritischen, investigativen Journalismus ins Wanken geriet, umso vehementer wurde an die großen Erfolge erinnert. Unter Rückgriff auf Vietnam, Watergate und die Veröffentlichung der „Pentagon Papers“ erhielt die Behauptung, nächstes Mal würde alles besser werden, erst das nötige Gewicht.

Diese Strategie wird jedoch immer weniger haltbar. Denn die gegenwärtige Krise rührt an den Kern des journalistischen „Vietnam-Mythos“. Nach der (Selbst-)Demontage von Woodward dürfte auch die Beschwörung von Watergate nur noch sehr bedingt funktionieren.

Die Folgen der gewaltigen Desillusionierung sind bereits spürbar: Noch 2003 wurde der Vietnamkrieg wie gewohnt als Positivbeispiel angeführt. Heute dagegen sind Anzeichen einer Veränderung sichtbar: Anstatt sich wie gewohnt unkritisch in eine vorgeblich ruhmreiche Tradition zu stellen, um auf diese Weise Glaubwürdigkeit für das eigene Medium zu reklamieren, bemerkt man eher eine Neuorientierung gerade der jungen Journalisten – im Sinne einer demonstrativen Abkehr vom Heldentum früherer Kriegsberichterstatter.⁵

Dennoch belegen diese ersten Anzeichen noch lange keinen Umschlag zu einem selbstkritischen oder gar oppositionellen Journalismus. Dieser wird sich erst wirklich ausbilden können, wenn der Vietnam-Mythos weiter kritisch hinterfragt wird. Die Glaubwürdigkeit der US-Medien kann letztlich nur dadurch wiederhergestellt werden,

3 Vgl. W. Lance Bennett, *Toward a Theory of Press-State Relations in the United States*, in: „Journal of Communication“, 2/1990, S. 103-125.

4 Vgl. Daniel C. Hallin, *The „Uncensored War“. The Media and Vietnam*, New York 1986.

5 So etwa Chris Ayres mit seinem „War Reporting for Cowards“.

dass in Zukunft weniger selbstgefällig darauf verwiesen wird, dass Reporter früher einmal kritisch und erfolgreich waren, als vielmehr darauf, dass sie es in den vergangenen Jahren allzu oft

nicht waren. Ebenso wichtig wie die Kriegsberichterstattung selbst ist daher ihre journalistische und wissenschaftliche Aufarbeitung – und das selbstkritische Eingeständnis eigener Fehler.

Manfred Quiring

Russlands Medien: gleichgeschaltet demokratisch

Noch in den 90er Jahren wurde kontrovers über den Zustand von Demokratie und Meinungsfreiheit in Russland debattiert. Man stritt sich über die Frage, ob das Glas halb voll oder halb leer sei. Weitgehende Übereinstimmung bestand jedoch darüber, dass zumindest die Entwicklungsrichtung stimmte.

Diese Debatte hat sich weitgehend erledigt. Russland, das unter der Regentschaft Wladimir Putins eine „geleitete“, inzwischen auch als „sovereän“ apostrophierte, angeblich ganz eigene Form der Demokratie aufbaut, bewegt sich zielstrebig auf eine autoritäre Herrschaftsform zu. Betroffen davon ist natürlich auch die Medienlandschaft. Die Freiheit der Medien, die nach der Knebelung im sowjetischen System in den 90er Jahren – befördert durch eines der weltweit liberalsten Mediengesetze – für kurze Zeit aufgeflackert war, wird von der russischen Führung stetig weiter eingeeengt.

Zwei Köpfe sind es vorzugsweise, die gegenwärtig das Programm des russischen Fernsehens prägen. Wann auch immer der Zuschauer das Gerät außerhalb der Nachrichtenzeit einschaltet, hat er gute Chancen, den Komiker Jewgeni Petrosjan über den Bildschirm flimmern zu sehen. Meist sind es Wiederholungen noch aus sowjetischer

Zeit, als seichte Anekdoten weitab jeglicher Politik zur Unterhaltung des Sowjetvolkes dienten. Petrosjan hat heute wieder Konjunktur, die Entpolitisierung des Fernsehens in Russland macht deutliche Fortschritte.

In den Nachrichtensendungen der landesweit zu empfangenden Sender ORT, „Rossija“ und NTW ist es Präsident Wladimir Putin, dessen Antlitz Sendungen wie „Wremja“ und „Nowosti“ den Stempel aufdrückt. Die Berichterstattung über das Tagwerk des Kremlchefs, über Betriebsbesichtigungen, den Empfang ausländischer Gäste oder die Belehrung der eigenen, devot nickenden Kabinettsmitglieder nimmt in den Nachrichtensendungen mehr als 80 Prozent der Zeit in Anspruch.

Zwischen Kaliningrad im äußersten Westen und Anadyr an der Behringstraße weit im Osten verbreiten die überregionalen, staatlich kontrollierten TV-Sender einen einheitlichen Meinungsbrei, dem sich der durchschnittliche russische Bürger ohne Internet-Anschluss oder Satellitenfernsehen nicht entziehen kann.

Die Zeiten, da Sender wie der Erste Kanal – bis 2000 kontrolliert vom Finanzmogul Boris Beresowski – und der im Besitz von Wladimir Gussinski befindliche NTW alternative Informa-